

„Wir wollen die Zukunft gestalten“

Statement Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, beim "Fachgespräch zur Zukunft der Stasi-Unterlagen" in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags am 27.04.2016

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Die wichtigste Botschaft lautet:

Die Stasi-Unterlagen, so wie wir sie alle bislang nutzen konnten, sind in dieser Form auch für eine zukünftige Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur unverzichtbar.

Es ist der Experten-Kommission gelungen, die kontroversen Diskussionen der letzten Jahre widerzuspiegeln, zu bündeln und in die nun vorliegenden Vorschläge münden zu lassen. Das verdient Anerkennung – auch wenn manche, wie wir auch heute hören konnten, unzufrieden mit einigen der Vorschläge sind. Ich kann viele der Bedenken nachvollziehen, viele Argumente teile ich, ziehe aber teilweise andere Schlüsse.

Aber besonders bedeutsam ist: Das zentrale Anliegen für die Zukunft, die dauerhafte Sicherung des Stasi-Unterlagen-Archivs, sie ist in den Vorschlägen verankert. Mit zum Gedächtnis der Nation zu gehören, ist eine Ehre, eine Wertschätzung und Auszeichnung für die geleistete Arbeit von 25 Jahren.

Das ist zu begrüßen, denn wir brauchen eine langfristig gesicherte Perspektive für das Stasi-Unterlagen-Archiv. Nur so können wir planen, können wir investieren in ein Archiv von morgen. Die möglichen Vorteile oder auch Nachteile eines organisatorischen Zusammengehens mit dem Bundesarchiv sollten jetzt in der vorgeschlagenen gemeinsamen Arbeitsgruppe des BStU und des Bundesarchivs konkret und auf Praxistauglichkeit geprüft werden. Es geht darum, festzulegen, ob, wann und wie welche Schritte gegangen werden.

Schon seit einiger Zeit arbeiten wir gut mit dem Bundesarchiv zusammen.

Die Resultate sind für die Nutzer der Akten auch konkret spürbar. Es gibt zum Beispiel seit anderthalb Jahren einen gemeinsamen Online-Zugang zu übergreifenden digitalen Recherchemitteln, besonders für Forscher und Journalisten geeignet, die sich mit der DDR beschäftigen. Weiter anzustreben sind gemeinsame Strategien zur Digitalisierung des Archivgutes, die Bündelung von Ressourcen, eine gemeinsame Personalentwicklung und vieles andere mehr.

Alle diese Vorhaben brauchen Planungssicherheit.

Planungssicherheit ist vor allem auch notwendig für die Archivstandorte in den östlichen Bundesländern. Keine der Lagerungen der Akten dort entspricht den Standards für Archive. Es ist dringend geboten, die Akten besser zu lagern und langfristige Standorte zu bestimmen. Dazu ist ein politischer Diskussionsprozess notwendig. Denn die Bundesländer fordern, auch in der Region die Stasi-Archive und den Aktenzugang als Errungenschaft der Friedlichen Revolution zu behalten.

Die Expertenkommission unterstützt dies. Und das ist gut so. Aber das alles ist auch eine Frage von geeigneten Liegenschaften und der entsprechenden Finanzierung. Wenn nötig muss neu gebaut werden. Das kostet. Wichtig ist, dass dieser Prozess bald angeschoben wird. Wieder eine Warteschleife, eine Wiedervorlage in zehn Jahren, das können wir uns nicht leisten.

Ausdrücklich begrüße ich den Vorschlag der Kommission, dass der Umgang mit den Stasi-Akten unverändert nach den Regeln des Stasi-Unterlagen-Gesetzes fortbestehen soll, das sich über 25 Jahre lang bewährt hat.

Eine wichtige Verbesserung für die zukünftige Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur sehe ich in den Vorschlägen der Kommission für die Bereiche Forschung, Bildung und die Aufgaben des Bundesbeauftragten. Damit tritt die Kommission an entscheidender Stelle der allseits kritisierten Dominanz des Themas Stasi entgegen. Die Beendigung der gesetzlich festgelegten Begrenzung des BStU auf den Staatssicherheitsdienst bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit erlaubt es endlich, besser umfassend den Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse zu werfen und auch den Bezug zur Gegenwart zu setzen. Das bietet die Chance, dass sich die vielfältigen Akteure

in diesen Bereichen jeweils mit ihren Kompetenzen profilieren können.

In den Bundesländern ist die Begrenzung auf Stasi bei den Landesbeauftragten, die übrigens keine Akten verwalten, schon weitgehend aufgehoben worden. Die Gesetze wurden entsprechend novelliert, die Aufgaben der Beauftragten erweitert und die Bezeichnung geändert. Das wäre auch auf Bundesebene hilfreich. Damit verbessern sich die Möglichkeiten, die Belange aller Opfer der SED-Diktatur, nicht nur in Bezug auf die Stasi, zu unterstützen. Zudem können so Opposition und Widerstand deutlicher gewürdigt und das Demokratiebewusstsein gestärkt werden.

Im Übrigen: Die Beschäftigung mit der SED-Diktatur ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit, sie betrifft nicht nur den Osten.

Für die Wissenschaft bedeuten die Vorschläge, dass sich die Forschung frei von der Beschränkung auf das Thema Stasi und auch frei von Behördenzwängen weiterentwickeln kann und dabei die langjährig erworbene Kompetenz erhalten bleibt. An dieser Stelle hätte ich mir allerdings verschiedene Varianten für eine konkrete Umsetzung dieser neuen begrüßenswerten Freiheit für die Forschung gewünscht.

Die vorgeschlagene Nutzung der historischen Orte für die Bildungsarbeit bietet besonders für nachwachsende Generationen die Chance, das Stasi-Unterlagen-Archiv als Monument der Überwachung von Bürgern durch den Staat zu begreifen und gleichzeitig die Nutzung der Akten als Errungenschaft der Friedlichen Revolution wahrzunehmen.

Den Vorschlag, den Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg weiter zu entwickeln, begrüße ich. Und dazu gehört die Unterstützung der Robert Havemann Gesellschaft bei der Ansiedlung auf dem Gelände - mit ihrer Open-Air-Ausstellung zur Friedlichen Revolution und der dauerhaften Sicherung ihres Archivs der DDR-Opposition.

Denn: Die Stasi-Zentrale ist ein Ort von dem Repression ausging, aber auch ein Ort an dem die Revolution stattfand.

Ich halte es für wichtig, die gesellschaftlichen Akteure an diesem Ort, also die Union der Opferverbände (UOKG), die ASTAK als Träger des Stasi-Museums, und die Robert Havemann Gesellschaft, in ihrer Eigenständigkeit weiter zu unterstützen, um die Vielfalt der Angebote zu erhalten.

Den Vorschlag, die Gedenkstätte Hohenschönhausen organisatorisch mit dem Ort der Stasi-Zentrale zu verbinden, halte ich für nicht überzeugend. Warum, so fragt man sich, soll eine gut funktionierende Gedenkstätte strukturell verändert werden?

Besonders wichtig scheint es mir bei der Realisierung von Vorschlägen, den Symbolgehalt des Stasi-Unterlagen-Archivs zu bewahren. Wie genau dieser Symbolgehalt erhalten werden kann, das ist noch eher ungenau definiert. Von außen betrachtet wird mit der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs unter das Dach des Bundesarchivs der Wert der Einrichtung gemindert.

In Bulgarien wird dies, so wurde uns letzte Woche vom Leiter des dortigen Instituts mitgeteilt, schon jetzt als Argument benutzt in Bezug auf das bulgarische Geheimpolizei-Archiv, den Zugang zu den Akten abzubauen. Das sollte uns in Deutschland nicht hindern, frei zu entscheiden. Aber wir sollten besonders sorgfältig die Vorschläge in Bezug auf den Erhalt des Symbols des Stasi-Unterlagen-Archivs prüfen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen eine Information nicht vorenthalten. Die Vorschläge der Experten-Kommission sind von den Mitarbeitern in der Behörde mit großem Interesse und durchaus zumeist mit Zustimmung aufgenommen worden – jenseits von vielen Detailfragen.

Der Grundtenor heißt:

Endlich weg von der Behörde auf Abruf. Wir wollen die Zukunft gestalten, Dinge verbessern und sie langfristig nach vorne denken.

Das ist unser aller Chance!